

Finanzamt für Körperschaften I, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin

Firma
Spreadgood gemeinnützige UG
(haftungsbeschränkt)
Luisenstr. 53
10117 Berlin

ID-Nr:
Aktenzeichen/
Steuernummer: **27 / 612 / 06480 F131**
Bearbeiterin: Frau Dzikonski
Dienstgebäude: Bredtschneiderstr. 5
14057 Berlin
Zimmer: 427
Telefon: 030 9024-0
Direktwahl: 030 9024 - 27428
E-Mail: poststelle@fa-koerperschaften-i.verwalt-berlin.de
Datum: 14.02.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Gesellschaft

Spreadgood gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)

satzungsmäßig steuerbegünstigten Zwecken dient und danke Ihnen persönlich für Ihr bürgerschaftliches Engagement in Berlin.

Gemeinnützige Gesellschaften erfüllen in unserem demokratischen Gemeinwesen eine wichtige Funktion. Mit Ihrem Engagement leisten Sie unserer Gesellschaft und dieser Stadt einen wertvollen Dienst.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrem ehrenamtlichen Einsatz.

Mit freundlichen Grüßen



Datenschutzhinweis

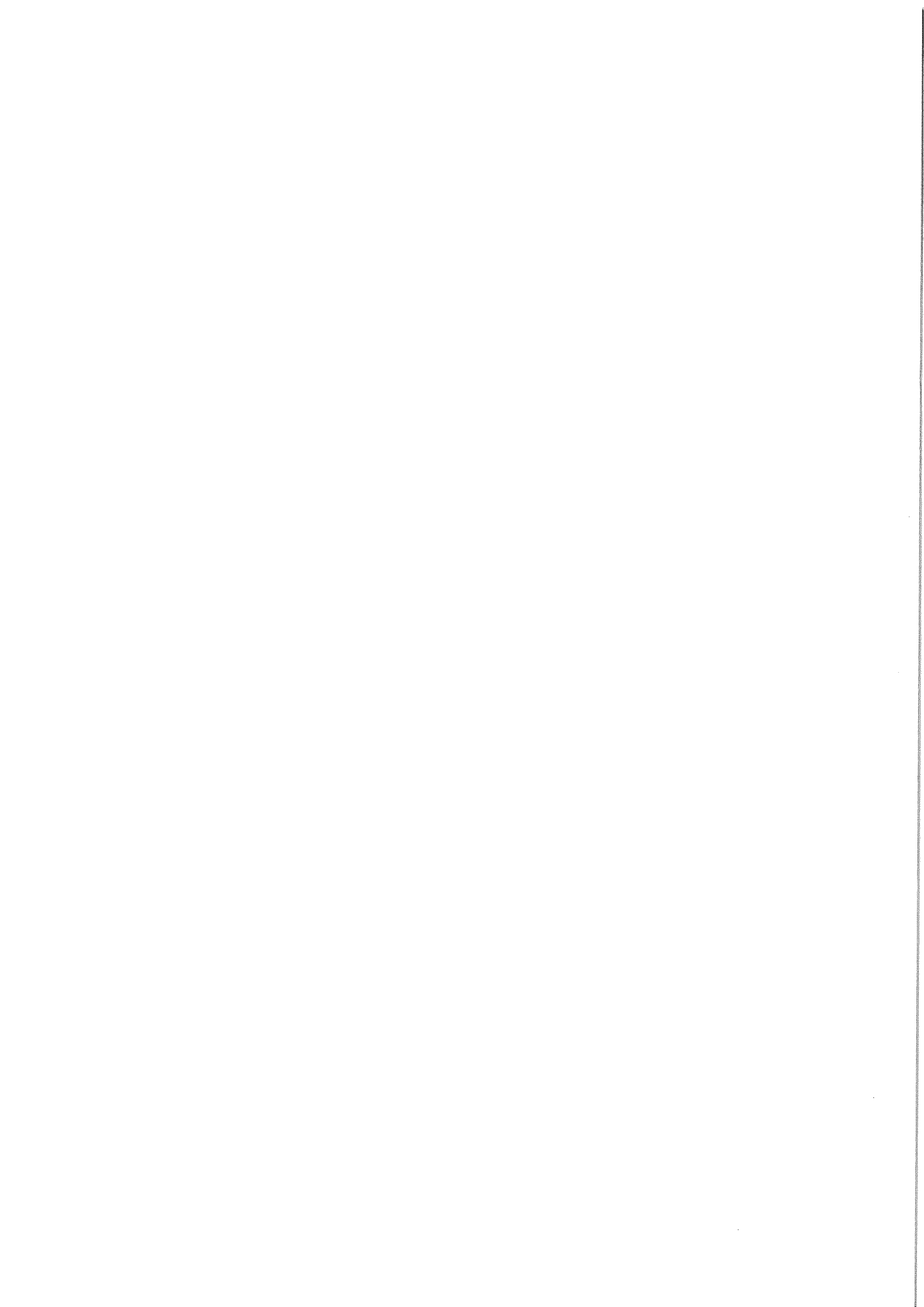
Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik „Datenschutz“) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Verkehrsverbindungen
Bus X34, X49, M49, 139
Messe Nord / ICC /// 139 U
Kaiserdamm
S-Bahn S41, S42, S46, S47
Messe Nord / ICC
U-Bahn U2 Kaiserdamm
Bus M49, 104, 349
Messedamm/ZOB/ICC

Sprechzeiten
Montag und Freitag 8 – 13 Uhr
Donnerstag 11 – 18 Uhr und
nach Vereinbarung

Kreditinstitut
IBAN
BIC
Berliner Sparkasse
DE94 1005 0000 6600 0464 63
BELADEVB33XXX

Internet
Telefax
www.berlin.de/sen/finanzen
9024-27900



Finanzamt für Körperschaften I



Wekel · Straßer & Kollegen

BESCHEID eingegangen

18. Feb. 2019

Finanzamt für Körperschaften I, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin

in Ordnung n. z. beanstanden Einspruch

an Mdt.

per: *Mail* Datum: *21.2.19* SB: *02*

Firma

Wekel Staßer & Koollegen Partnerschaft

mbB

Steuerberater

Majakowskiring 55

13156 Berlin

ID-Nr:

Aktenzeichen/
Steuernummer: **27 / 612 / 06480 F131**

Bearbeiterin: Frau Dzikonski

Dienstgebäude: Bredtschneiderstr. 5
14057 Berlin

Zimmer: 427

Telefon: 030 9024-0

Direktwahl: 030 9024 - 27428

E-Mail: poststelle@fa-koerperschaften-i.verwalt-berlin.de

Datum:

14.02.2019

Bescheid nach § 60a Abs. 1 AO über die gesonderte Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO

Feststellung

Die Satzung der Körperschaft

Spreadgood gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt), Luisenstr. 53, 10117 Berlin

in der Fassung vom 12.11.2018

erfüllt die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO.

Abkürzungen: AO = Abgabenordnung, BStBl = Bundessteuerblatt, EStG = Einkommensteuergesetz,
EStDV = Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, GewStG = Gewerbesteuergesetz,
KStG = Körperschaftsteuergesetz

Verkehrsverbindungen
Bus X34, X49, M49, 139
Messe Nord / ICC /// 139 U
Kaiserdamm
S-Bahn S41, S42, S46, S47
Messe Nord / ICC
U-Bahn U2 Kaiserdamm
Bus M49, 104, 349
Messedamm/ZOB/ICC

Sprechzeiten
Montag und Freitag 8 – 13 Uhr
Donnerstag 11 – 18 Uhr und
nach Vereinbarung

Kreditinstitut
IBAN
BIC

Berliner Sparkasse
DE94 1005 0000 6600 0464 63
BELADEBEXXX

Internet www.berlin.de/sen/finanzen
Telefax 9024-27900

Hinweise zur Feststellung

Eine Anerkennung, dass die tatsächliche Geschäftsführung (§ 63 AO) den für die Anerkennung der Steuerbegünstigung notwendigen Erfordernissen entspricht, ist mit dieser Feststellung nicht verbunden.

Diese Feststellung bindet das Finanzamt hinsichtlich der Besteuerung der Körperschaft und der Steuerpflichtigen, die Zuwendungen in Form von Spenden an die Körperschaft erbringen (§ 60a Abs. 1 Satz 2 AO). Die Bindungswirkung dieser Feststellung entfällt ab dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsvorschriften, auf denen die Feststellung beruht, aufgehoben oder geändert werden (§ 60a Abs. 3 AO). Tritt bei den für die Feststellung erheblichen Verhältnissen eine Änderung ein, ist die Feststellung mit Wirkung vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse aufzuheben (§ 60a Abs. 4 AO).

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen auch von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt – ggf. im Rahmen einer Außenprüfung – unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die abschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und den Bestimmungen der Satzung entsprechen.

Dies muss durch ordnungsgemäße Aufzeichnungen (insbesondere Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO). Über die Steuervergünstigungen nach den einzelnen Steuergesetzen wird im Rahmen des Veranlagungsverfahrens entschieden.

In jedem Falle ist die Körperschaft insoweit ertragsteuerpflichtig, als sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhält, der kein Zweckbetrieb ist. Soweit Körperschaftsteuerpflicht gegeben ist, besteht im gleichen Umfang Gewerbesteuerpflicht. Durch die Gewährung der Steuerbefreiung von der Körperschaft- und Gewerbesteuer wird die Umsatzsteuerpflicht grundsätzlich nicht berührt.

Bei Beschäftigung von Arbeitnehmern sind Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Die Rechtsbehelfsbelehrung bezieht sich nur auf die vorstehende Feststellung.

Hinweise zur Steuerbegünstigung

Die Körperschaft fördert nach ihrer Satzung
mildtätige und kirchliche Zwecke.

folgende gemeinnützige Zwecke:

s. Anlage

(§ 52 Abs. 2 Satz AO).

Hinweise zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen

Zuwendungsbestätigungen für Spenden

Die Körperschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zugewendet werden, Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen.

Zuwendungsbestätigungen für Spenden i. S. des § 50 Abs. 1 EStDV dürfen nur ausgestellt werden, wenn das Datum dieses Feststellungsbescheides nicht länger als drei Kalenderjahre zurückliegt und bisher kein Freistellungsbescheid oder keine Freistellung mittels Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid erteilt wurden. Die Frist ist taggenau zu berechnen (§ 63 Abs. 5 AO).

Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer.

Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30 %, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15 % der Zuwendung angesetzt (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Hinweise zum Kapitalertragsteuerabzug

Bei Kapitalerträgen, die bis zum 31.12.2021 zufließen, reicht für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Abs. 4, 7 und 10 Satz 1 Nr. 3 EStG die Vorlage dieses Feststellungsbescheides oder die Überlassung einer amtlich beglaubigten Kopie dieses Feststellungsbescheides aus. Das Gleiche gilt bis zum o. a. Zeitpunkt für die Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44b Abs. 6 EStG durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut.

Die Vorlage dieses Feststellungsbescheides ist unzulässig, wenn die Erträge in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb anfallen, für den die Befreiung von der Körperschaftsteuer ausgeschlossen ist.

Begründung und Nebenbestimmung

Rechtsbehelfsbelehrung

Sie können gegen diesen Verwaltungsakt Einspruch einlegen. Der Einspruch ist beim Finanzamt für Körperschaften I schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung des Einspruchs beträgt einen Monat (§ 355 Abs. 1 Abgabenordnung). Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekanntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung. Im Fall der Ersatzzustellung durch Niederlegung ist bereits der Tag der Niederlegung der Tag der Zustellung.

Bei Zusendung durch einfachen Brief im Ausland gilt die Bekanntgabe einen Monat nach der Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Verwaltungsakt zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist (§ 122 AO).



Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik „Datenschutz“) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Anlage zum Bescheid nach § 60 a Abs. 1 AO über die gesonderte Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO

Hinweise zur Steuerbegünstigung

folgende gemeinnützige Zwecke:

- § 52 (2) S.1 Nr.1 AO : die Förderung von Wissenschaft und Forschung;
- § 52 (2) S.1 Nr.2 AO : die Förderung der Religion;
- § 52 (2) S.1 Nr.3 AO : die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des §67, und von Tierseuchen;
- § 52 (2) S.1 Nr.4 AO : die Förderung von Jugend- und Altenhilfe;
- § 52 (2) S.1 Nr.5 AO : die Förderung von Kunst und Kultur;
- § 52 (2) S.1 Nr.6 AO : Die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege;
- § 52 (2) S.1 Nr.7 AO : die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe;
- § 52 (2) S.1 Nr.8 AO : die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, des Umweltschutzes;
- § 52 (2) S.1 Nr.9 AO : die Förderung des Wohlfahrtswesens, insbesondere der Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege (§23 der Umsatzsteuerdurchführungsverordnung), ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten;
- § 52 (2) S.1 Nr.10 AO : die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte;
- § 52 (2) S.1 Nr.11 AO : die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr;
- § 52 (2) S.1 Nr.12 AO : die Förderung des Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie der Unfallverhütung;
- § 52 (2) S.1 Nr.13 AO : die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens;
- § 52 (2) S.1 Nr.14 AO : die Förderung des Tierschutzes;
- § 52 (2) S.1 Nr.15 AO : die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit;

- § 52 (2) S.1 Nr.16 AO : die Förderung von Verbraucherberatung und Verbraucherschutz;
- § 52 (2) S.1 Nr.17 AO : die Förderung der Fürsorge für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene;
- § 52 (2) S.1 Nr.18 AO : die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern;
- § 52 (2) S.1 Nr.19 AO : die Förderung des Schutzes von Ehe und Familie;
- § 52 (2) S.1 Nr.20 AO : die Förderung der Kriminalprävention
- § 52 (2) S.1 Nr.21 AO : die Förderung des Sports
- § 52 (2) S.1 Nr.22 AO : die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde
- § 52 (2) S.1 Nr.23 AO : die Förderung der Kleingärtnerei, des traditionellen Brauchtums einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Fasching;
- § 52 (2) S.1 Nr.24 AO : die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes;
- § 52 (2) S.1 Nr.25 AO : die Förderung des bürgerlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke.

Podlich

Anlage zum Feststellungsbescheid

Zur Überprüfung der tatsächlichen Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit bitte ich, für das Jahr 2018 und 2019 folgende Unterlagen bis zum 31.07.2020 einzureichen:

- o Körperschaftsteuererklärung (KSt 1) – steuerbefreit - für das Jahr 2018 und 2019
- o Jahresabschluss/ Bilanz für 2018 und 2019
- o Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 und 2019

Dem Tätigkeitsbericht muss zu entnehmen sein, in welcher Weise die tatsächliche Geschäftsführung auf die Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke gerichtet war.

Die Körperschaftsteuererklärung ist ab dem Veranlagungszeitraum 2011 elektronisch nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz an die Finanzverwaltung zu übermitteln (§ 31 Abs. 1a KStG). Beachten Sie dies.

Weitere Informationen zur elektronischen Übermittlung von Steuererklärungen erhalten Sie im Internet unter www.elster.de

Hinweis: Bei der elektronischen Übermittlung der Körperschaftsteuererklärung mittels **ElsterOnline** ist für die **gGmbH's** der Vordruck **Körperschaftsteuererklärung (KSt 1) – steuerbefreit** - zu verwenden. Die Angaben für gemeinnützige Körperschaften aus dem Vordruck Gem1 sind dort mit enthalten.

Sollten Sie von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe vertreten werden, ist die Steuererklärung bis zum 28.02.2021 abzugeben.

